

## "Eine Regierungskoalition der Mutlosigkeit"

Auf der Jahrestagung des Instituts für Weltwirtschaft und Internationales Management gingen Fachleute mit der Politik hart ins Gericht

Von unserem Redakteur  
Reinhard Wirtz

**BREMEN.** Die Jahrestagung des Instituts für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen (IWIM) wird gewöhnlich von langer Hand vorbereitet. Dass den eingeladenen Wirtschaftsexperten mit den derzeitigen Geburtswehen der Berliner Koalitionsregierung ein willkommenes Objekt der Kritik zur Verfügung stehen würde, war vorher nicht abzusehen gewesen. Die geladenen Ökonomen nutzten diese Chance aber rege. IWIM-Gastgeber Axel Sell nannte diese Konstellation eine "Punktlandung". "Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Globalisierung" lautete das Thema der zweitägigen Tagung, die gestern im Bremer World Trade Center endete. Den Initiatoren ging es darum, mit 130 angemeldeten Teilnehmern Spielräume auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene auszuleuchten. Vergeblich hatte man sich bemüht, einen EU-Vertreter als Referenten hinzuzuziehen, etwa um den in Brüssel gern und häufig gebrauchten Begriffen von der notwendigen "Mobilität" und "Flexibilität" auf den Arbeitsmärkten der Gemeinschaft fachliches Leben einzuhauchen. Sell dazu bissig: "Das sind Sprechblasen. Eine EU-Beschäftigungspolitik findet derzeit nicht statt." Auch die Instrumente der gemeinschaftlichen Fiskal- und Geldpolitik blieben ungenützt und damit beschäftigungspolitisch unwirksam. Für ihn war das Ausbleiben des EU-Vertreters daher symptomatisch. Dierk Hirschel, Chefvolkswirt des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DBG), nahm die wirtschaftspolitischen Gehversuche der Berliner Koalitionäre mindestens ebenso bissig ins Visier. Er sprach von "makroökonomischem Analphabetismus" und von einer "Wiederauflage bündischer Sparpolitik". Der DGBler setzte dem die Forderung nach einem bis zu 20 Milliarden schweren öffentlichen Investitionsprogramm entgegen, beispielsweise für Verkehr und Ökologie. Die Ausweitung der Staatsverschuldung sei in einer Phase der ökonomischen Schwäche zunächst hinzunehmen, mittelfristig aber durch eine Neujustierung von Steuern und Abgaben zu kompensieren. Für die Arbeitnehmer forderte Hirschel eine Koppelung der Löhne an den Produktivitätsfortschritt. Auch übte er Kritik an den Signalen aus Brüssel: Die Geldpolitik der Zentralbank sei falsch, da nur auf Stabilität fixiert. Zumindest in Sachen Lohnentwicklung widersprach Professor Ulrich van Suntum vom Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung Münster. Angesichts der massiven Lohnkonkurrenz aus Osteuropa sei es falsch, die Löhne zu erhöhen. Ein Kernproblem sei, dass viele, die keine Arbeit haben, auch über keine Berufsausbildung verfügen. Es müsse aber gelingen, diese Menschen zu niedrigen Löhnen - gegebenenfalls mit zusätzlichen staatlichen Sozialleistungen ausgestattet - wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Nachdrücklich setzte sich der Münsteraner für radikale Änderungen bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und privaten Einkommen ein. "Wir sollten es so halten wie in Estland. Einbehaltene Unternehmensgewinne sollten ebenso wenig besteuert werden wie langfristige Anlagen und Ersparnisse von Privatpersonen." Die Steuer solle erst greifen, wenn Gewinne aus Unternehmen entnommen oder Private Teile ihres Einkommens konsumieren. Für weitgehend überflüssig hält der Wissenschaftler den größten Teil der Unternehmenssubventionen; konsumptive Staatsausgaben müssten, um den Maastricht-Kriterien wieder zu genügen, drastisch gesenkt werden. Von all diesen notwendigen Schritten sei die Politik in Berlin aber weit entfernt, "eine Koalition der Mutlosigkeit", bedauerte van Suntum. Für ein globales Vorgehen angesichts globalisierter Wirtschaftsbeziehungen warb Wolfgang Heller, Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Wirtschaftliches Wachstum führe nicht mehr automatisch zu mehr Beschäftigung. Internationale Organisationen müssten das Thema Beschäftigung daher stärker in den gemeinsamen Fokus rücken. Arbeitsverlagerungen seien nicht nur ein Schreckgespenst, sondern auch eine Chance für Entwicklungs- und Schwellenländer und damit für die künftigen Märkte und Kunden der Industriestaaten. Die Sicherung von (sinnvoller) Beschäftigung und sozialen Standards sei konjunkturwirksam, da sie das Konsumverhalten nachhaltig beeinflusse. Allerdings stelle die Globalisierung durchaus eine Gefahr für diejenigen Arbeitsplätze dar, die international nicht wettbewerbsfähig seien. (Weser-Kurier 11. Nov. 2005)